

Frage 2 (Flächennutzungskonflikte)

„Die Nutzungskonkurrenz landwirtschaftlich genutzter Flächen durch Industrie­flächen, Wohnbebauung, Straßenbau und neuerdings auch Freiflächenfotovoltaik hat für etliche landwirtschaftliche Betriebe im Kreis Ahrweiler ein existenzbedrohendes Ausmaß angenommen. Wie kann die Landespolitik hier gegensteuern?“

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	
Petra Schneider (WK 13) und Horst Gies (WK 14)	Susanne Müller (WK 13)	Michael Köhler (WK 14)
<p>Gemeinsame Beantwortung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausweitung von Fotovoltaik auf Dachflächen muss Priorität haben, vorrangig auf Dächern öffentlicher Gebäude (Schulen, Ämter, Behörden) - Erstellung von Ökokonten und Ausgleichsmaßnahmen im großen räumlichen Zusammenhang (auf Landkreisebene) 	<p>Im Hinblick auf die zunehmenden Flächennutzungskonkurrenzen kommt dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen als Basis für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion eine besondere Bedeutung zu.</p> <p>Es ist daher sinnvoll, der Landwirtschaft angesichts des bereits hohen Flächenentzugs durch andere Nutzungen ein Vorrang gegenüber der Photovoltaiknutzung einzuräumen. Für die Planung und Realisierung von Photovoltaikanlagen bleibt außerhalb solcher Gebiete weiterhin ausreichend Raum, zumal hierfür auch bereits versiegelte oder baulich beplante Flächen in Betracht kommen können.</p>	<p>Landwirtschaft ist Grundlage und Motor für die wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum. Die Versiegelung des Bodens hat in den letzten Jahren stark zugenommen.</p> <p>An vielen Orten werden Gewerbe- bzw. Industriegebiete aus dem Boden gestampft. Was dies für Folgen haben kann, konnten wir in der jüngsten Vergangenheit oft erleben.</p> <p>Das Gleichgewicht der Flächennutzung muss stimmen. Es muss darauf geachtet werden, dass nicht zuviel landwirtschaftliche Fläche verschwindet und Boden versiegelt wird.</p> <p>Auf einer gewissen Fläche, darf nur ein begrenzter Prozentsatz bebaut werden. Würden Landwirte gerechte Preise auf dem Markt erzielen und somit genügend Geld erwirtschaften können, kämen dieses auch garnicht in die Versuchung, Land zu veräußern.</p>

Frage 2 (Flächennutzungskonflikte)

„Die Nutzungskonkurrenz landwirtschaftlich genutzter Flächen durch Industrieflächen, Wohnbebauung, Straßenbau und neuerdings auch Freiflächenfotovoltaik hat für etliche landwirtschaftliche Betriebe im Kreis Ahrweiler ein existenzbedrohendes Ausmaß angenommen. Wie kann die Landespolitik hier gegensteuern?“

Freie Demokratische Partei (FDP)		Bündnis 90/Die Grünen	
Martin Thormann (WK 13)	Wolfgang Reuß (WK 14)	Stefani Jürries (WK 13)	Birgit Stupp (WK 14)
<p>Bei diesem Punkt bin ich mir um ehrlich zu sein noch unsicher. Klar ist, dass wir auf erneuerbare Energien setzen müssen. Persönlich finde ich die Windkraftträder nicht schön und hatte meine Hoffnung in Solarparks gesetzt. Diesen Solarparks stehen die Liberalen im Land negativ gegenüber. Ich muss mich hier noch finden um die bestmögliche Lösung für den Kreis Ahrweiler zu finden.</p>	<p>Selbstverständlich muss Flächenverbrauch immer auf seine ökonomischen und ökologischen Konsequenzen untersucht werden. Bei der in Rheinland-Pfalz aufgelegten Photovoltaik-Freiflächen-Verordnung haben wir eine echte Befristungs- und Evaluierungsklausel eingepflegt. Wir wollen am Ende der Laufzeit gemeinsam bewerten, ob die energiepolitischen Effekte die Nachteile der Entnahme von Produktionsflächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung überwiegen.</p>	<p>Meiner Ansicht nach, muss es Ziel der Landespolitik sein, den Flächenverbrauch zu stoppen! Leider stehen die Interessen der Gemeinden hier oft im Vordergrund, bei der Ausweisung von Baugebieten. Es braucht überregionale Konzepte, die das steuern und dann auch klare Ziele, die eingehalten werden. Ein großes Spielfeld, bei dem Landwirtschaft und GRÜNE Politik sehr gut zusammenarbeiten könnten. Weltweit nehmen fruchtbare Böden, Ackerflächen und die Wasserversorgung dramatisch ab. Die Auswirkungen der Klimakrise spüren wir alle und die Weltbevölkerung wächst. Damit wird die Frage nach einer verantwortungsvollen, nachhaltigen und fairen Erzeugung von Lebensmitteln immer wichtiger. Unsere Landwirtschaft spielt dabei eine besondere Rolle. .</p>	<p>Mit Besorgnis stellen wir fest, dass der Ausverkauf von landwirtschaftlichen Flächen deutlich zunimmt. Wertvolle Flächen wie auf der Grafschaft werden geopfert für Gewerbe-, Wohngebiete und den Straßenbau. Der Druck auf die Landwirt*innen steigt, die Bodenpreise nehmen erschreckende Dimensionen an. Daher fordern Bündnis 90/Die GRÜNEN auf Landesebene klare Regeln, die den Flächenverbrauch auf ein Minimum reduzieren. PV-Freiflächenanlagen dürfen nur auf Konversionsflächen gebaut werden, die keiner landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen sind, nicht jedoch auf 80er oder 90er-Böden. Durch Versiegelung wird der Gewässerschutz geschädigt mit entsprechenden Auswirkungen auch auf die Landwirtschaft. Die Folgen des Klimawandels zeigen sich in allen Sektoren und es bedarf tragfähiger Konzepte, die den Verbrauch von Wasser und Boden im Blick haben.</p>

Frage 2 (Flächennutzungskonflikte)

„Die Nutzungskonkurrenz landwirtschaftlich genutzter Flächen durch Industrieflächen, Wohnbebauung, Straßenbau und neuerdings auch Freiflächenfotovoltaik hat für etliche landwirtschaftliche Betriebe im Kreis Ahrweiler ein existenzbedrohendes Ausmaß angenommen. Wie kann die Landespolitik hier gegensteuern?“

Die Linke		Freie Wähler	
Martin Thormann (WK 13)	Marion Morassi (WK 14)	Reiner Friedsam (WK 13)	Jan Müller (WK 14)
Keine Rückmeldung	<p>Im Bereich der Landwirtschaft setzt sich DIE LINKE gegen das Höfesterben ein. Die vorhandenen bäuerlichen Betriebe sind das Rückgrat der kleinteiligen rheinland-pfälzischen Landwirtschaft – sie zu erhalten und günstige Rahmenbedingungen zu schaffen ist unser Ziel. Für uns gilt der Grundsatz: öffentlicher Besitz bleibt in öffentlicher Hand und Bauernland muss in Bauernhand bleiben. Investoren-Landwirtschaft lehnen wir ab. Die bestehende Agrarpolitik unterstützt die Kleinbetriebe zu wenig gegenüber den Großen. Unser Ziel auf Landesebene ist daher die Stärkung der Familien- und Kleinbetriebe beim Flächenerwerb gegenüber Großinvestoren am Bodenmarkt mittels eines Agrarstrukturgesetzes.</p>	<p>Zum Teil kommt der Nutzungsmix Landwirten auch zugute, wenn sie selbst Windräder oder Photovoltaik betreiben bzw. verpachten und so im Einnahmemix einen Ertrag zum Haupterwerb beitragen. Wichtig ist, dass landwirtschaftliche Flächen in Bauernhand bleiben und nicht von Spekulanten oder Investoren erworben werden. Im Landesentwicklungsprogramm sind die Vorrangflächen für die Landwirtschaft klar definiert. Das muss auch so bleiben!</p>	<p>Unsere hochwertigen Kulturböden, unsere Wiesen, Wälder und Äcker; gilt es auf der einen Seite zu erhalten. Auf der anderen Seite müssen wir uns in Deutschland energetisch gesehen autark machen, am besten mit CO2-neutraler Energieerzeugung. Das kann nur gelingen durch die 3 großen regenerativen Stromerzeugungsmethoden, als da wären 1. Windkraft 2. Fotovoltaik 3. Wasser. Hochwertige und gut zugängliche Ackerböden/Kulturböden müssen unter Schutz gestellt werden. Auf einem Industriebahn einer neu errichteten Halle kann man nichts anbauen. Des Weiteren sollte darauf geachtet werden, dass sich nicht finanzkräftige ausländische Investoren einkaufen. Hier muss gelten, zuerst haben die einheimischen Bauern ein Vorkaufsrecht. Steuerliche Entlastungen für kleinere Betriebe im Nebenerwerb sind vorstellbar. Wichtig sind mir 2 Dinge: 1. Unterschutzstellung von historisch gewachsenen Kulturböden. 2. Die Region hat Vorkaufsrecht, im Zweifel muss das Land die Böden erwerben und einheimischen Landwirten zur Verfügung stellen.</p>

Frage 2 (Flächennutzungskonflikte)

„Die Nutzungskonkurrenz landwirtschaftlich genutzter Flächen durch Industrieflächen, Wohnbebauung, Straßenbau und neuerdings auch Freiflächenfotovoltaik hat für etliche landwirtschaftliche Betriebe im Kreis Ahrweiler ein existenzbedrohendes Ausmaß angenommen. Wie kann die Landespolitik hier gegensteuern?“

Alternative für Deutschland (AfD)		Siggi wählen! (parteilos)
Ingo Nawa (WK 13)	Rüdiger Nothnick(WK 14)	Siegfried Verdonk(WK 14)
<p>Wenn Ackerland in Konkurrenz zu Wohngebieten oder Freiflächenfotovoltaik-Anlagen tritt ist klar das sich an gepachtetes Ackerland für die Bauern immer weiter verteuert und diese dem Konkurrenzdruck nicht standhalten können. Die Landesregierung muss hier einschreiten und beispielsweise mit einem Solarregister entsprechende Flächen ausweisen und gezielt steuern. Flächen die beispielsweise aufgrund Steillagen für die Landwirtschaft nicht geeignet sind könnten in diesem Register genau ausgewiesen werden. Nur dort sollte eine Nutzung von Sonnenenergie erlaubt sein. Gute Lagen, die für eine Bewirtschaftung der Bauern geeignet sind, dürften nicht für anderweitige Nutzungen freigegeben werden. Wir brauchen eine starke Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz. Die Bauern dürfen nicht in Konkurrenz zu gewerblichen Betrieben gesetzt werden. Diesen Kampf würden die Bauern unweigerlich verlieren und daher müssen wir hier steuernd eingreifen und die Landwirtschaft schützen.</p>	Keine Rückmeldung	<p>Wenn ein Landwirt für den Grünlandumbruch bestraft wird. Dann darf sich das Land nicht herausnehmen, ohne Not, landwirtschaftliche Nutzflächen für Freiflächenfotovoltaik auszuweisen. Übrigens, laut einer repräsentativen Studie des Bundesumweltministeriums von 2019, wird die Freiflächenfotovoltaik nur von 21 Prozent befürwortet. Die Existenzgrundlage der bäuerlichen Familienbetriebe steht in solchen Missbrauchsfällen schnell auf dem Spiel und wird ohne Not riskiert. Wozu gibt es denn das Grundstücksverkehrsgesetz? Doch bestimmt nicht, damit der Staat es missachtet und die Landwirte wiederum benachteiligt werden. Die Erzeugung von Viehfutter auf den Flächen geht eindeutig hervor! Einerseits fördert der Staat und auch der Ahr-Kreis arten-reiches Grünland. Andererseits macht er den Landwirten, die dringend zur Futtererzeugung benötigten Flächen, um Energie zu erzeugen z.B. Wimbachtal und Trierscheid, streitig. Der Staat widerspricht sich. Aber kein Politiker hat die Traute sich vor die Landwirte zu stellen und für deren Belange zu kämpfen. Es reicht nicht das Höfesterben zu beklagen, es muss sofort gehandelt werden! Generell: Unterstützungszahlungen für Junglandwirte und Hofnachfolger verdoppeln! Landwirtschaft dient allen!</p>